

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015

Beschluss - Nr. 32

Verteidigt Europa! Organisiert sozialdemokratische Politik in der EU

Die SPD ist deutsche Europapartei mit internationalem Selbstverständnis. Die europäische Einigung bildet einen Markenkern in unserer sozialdemokratischen Programmatik seit 150 Jahren: von der Deutschen Einheit „als Anfang eines solidarischen europäischen Staates“ (Wahlprogramm 1866, Leipzig) über die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“ (Parteiprogramm 1925, Heidelberg) bis zur aktuellen Beschlussfassung „Die EU muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden“ (Grundsatzprogramm 2007, Hamburg).

Der Europäische Union, die bedeutendste Errungenschaft in der modernen Staatsgeschichte, steht heute vor den größten Herausforderungen seit Gründung der EGKS 1951: Sie muss - einerseits ihre Handlungsfähigkeit verbessern, um die anstehenden existentiellen Probleme zu lösen;

- andererseits ihren Zusammenhalt sichern – gegen wachsenden Nationalismus, von Separatismus über Populismus bis Rechtsextremismus.

Der Beschluss des SPD-Bundesparteitages 2013 in Leipzig „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ und das SPE-Manifest des Wahlkongresses 2014 in Rom „Für ein neues Europa“ bilden die inhaltlichen Grundlagen, die wir weiterentwickeln müssen.

Es gilt, uns organisatorisch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 und die Europawahl im Mai 2019 schon jetzt durch eine Reihe von Vorhaben besser aufzustellen.

Leitidee bleibt die Europäisierung unserer Partei und die Demokratisierung der EU.

Dazu wollen wir folgende konkrete Maßnahmen in Angriff nehmen:

1. SPD-Parteivorstand

-Die europäische Dimension sozialdemokratischer Politik

In allen Themenbereichen und Veranstaltungsformaten müssen wir deutlicher als bisher herausstellen, dass die EU eine wichtige allgemeine Gestaltungsebene und kein besonderes, zusätzliches Fachgebiet ist. Das gilt es sowohl inhaltlich als auch in der personellen Repräsentanz zu gewährleisten.

Unsere Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Europas sollten wir endlich klarer sichtbar machen. Dazu gehört die Selbstverpflichtung, das SPE-Logo und den Namen stärker als bisher auf Veröffentlichungen einschließlich der Wahlkampfmaterialien als Zeichen europäischer Zugehörigkeit abzudrucken.

-Bilaterale Beziehungen in und mit der SPE-Familie

Wir wollen die Kooperation in der SPE und mit unseren Schwester- und Bruderparteien intensivieren. Dabei können wir auf mannigfache praktische Erfahrungen zurückgreifen und neue Formen ausprobieren. Zu nennen sind die regelmäßige Teilnahme an wichtigen Events,

gegenseitige Unterstützung in Wahlkämpfen - sofern gewünscht - und die Nutzung und Ausweitung bewährter bilateraler Arbeitsstrukturen (Beispiel: SPD und PSF).

-Koordinierung vor Ratstagungen

Die SPD-Minister in der Bundesregierung werden aufgerufen, ihre Positionen im Vorfeld der Sitzungen des Rates mit ihren sozialdemokratischen Amtsbrüdern und -Schwestern aus den anderen EU-Staaten abzustimmen, um unsere gemeinsamen inhaltlichen wie personellen Vorschläge besser zur Wirkung zu bringen. Dazu bieten die SPE-Vortreffen zu den jeweiligen Fachministerräten den geeigneten Rahmen.

2. SPD-Bundestagsfraktion

-Supranationale Zusammenarbeit

Auch parlamentarisch setzen wir in der Parteifamilie verstärkt Zeichen, insbesondere durch gegenseitige Besuche und gemeinsame Projekte (wie es mit der Parti Socialiste in der Assemblée Nationale zur Finanztransaktionssteuer schon gelungen ist). Um neue Initiativen zu beginnen, sind Auftritte in den jeweiligen Fraktionen und persönliche Begegnungen auf Fachebene unverzichtbar (wie das schon von Fall zu Fall mit Vorsitzenden und Ministern aus anderen EU-Staaten stattgefunden hat).

-Europäisches Wahlrecht

Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament, um die transnationale Dimension bei den Europawahlen zu stärken, sowie offenere, demokratischere und kohärentere Bedingungen für die Teilnahme sicherzustellen.

-Parlamentariergruppen mit EU-Staaten

Aus den Aktivitäten der Abgeordneten ergibt sich ein großes Potential an Möglichkeiten, die auch mit den bilateralen Beziehungen des Parteivorstandes (s. Punkt 1) verzahnt werden sollten. Hier können wir auch verstärkt auf die Koordinierungsarbeiten unserer sozialdemokratischen Vorsitzenden und Stellvertreter in den Parlamentariergruppen zurückgreifen.

3. SPD-Ortsvereine und Kreisverbände/UB plus SGK/USKRE

(über Personenidentität in beiden Organisationen)

-Europa beginnt vor Ort

Parteipartnerschaften sind eher selten auf lokaler Ebene, Städtepartnerschaften hingegen seit über 60 Jahren weit verbreitet. Sie bringen Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen. Wir regen an, dass SPD-Basisgliederungen auch Kontakt zu sozialdemokratischen Gremien in Partnerkommunen suchen, um das politische Verständnis untereinander und die Aktionsmöglichkeiten miteinander in der EU zu fördern. Gleichzeitig bestärken wir die SGK, auch im Rahmen der Union der sozialdemokratischen kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) ihre Netzwerke weiterhin zu fördern.

4. Sozialdemokratische Partei Europas

(über die SPD-VertreterInnen in den jeweiligen Gremien)

-Manifest 2019

Zur Europawahl in vier Jahren brauchen wir ein neues Wahlprogramm. Der Prozess zur Erarbeitung dieses Manifests muss auch Thema einer breiteren Diskussion in der SPD werden.

-Spitzenkandidat 2019

Wir werben dafür, in einem transparenten und demokratischen Verfahren wieder einen Mann bzw. eine Frau zu nominieren, mit dem bzw. der wir in allen Mitgliedstaaten gemeinsam für

den Wahlsieg kämpfen und der bzw. die dann vom Europäischen Parlament in das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in gewählt wird.

5. S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

(über die MdEPs/SPD-Gruppe)

-EU-Gipfel der Parlamente

Das EP und die Volksvertretungen der Mitgliedstaaten sollten sich noch besser politisch und in der praktischen Arbeit abstimmen, etwa indem jährlich Delegierte nationaler Parlamente und des Europäischen Parlamentes zu Beratungen im Rahmen einer interparlamentarischen Woche zusammenkommen.

-Verbindungen zum Europarat

Die Kooperation mit der Sozialistischen Fraktion insbesondere in Menschenrechtsfragen muss dringend verstärkt werden.

Fazit: Wir wollen unsere historische Aufgabe erfüllen und den aktuellen Anforderungen auch organisatorisch gerecht werden.

Dabei können wir aktuell auf zwei herausragende Erfolge verweisen: Die SPD hatte 2007 in ihrem Grundsatzprogramm gefordert, „Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden“ und wir „wollen bei den Wahlen zu Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten“. Das haben wir 2014 in die Tat umgesetzt und damit wichtige Schritte zu einer supranationalen Parteiendemokratie getan. Der Weg bleibt das Ziel.